

Forschungsnetzwerk Makroökonomie und Makropolitik

Das seit 1997 bestehende Forschungsnetzwerk Makroökonomie und Makropolitik (FMM) versteht sich als Plattform für Analyse, Forschung und Diskussion makroökonomischer Themen. Es ist ein vorwiegend in Deutschland und Österreich verankertes Netzwerk, das jedoch intensiv mit ähnlich ausgerichteten Netzwerken vor allem in Europa kooperiert. Das Netzwerk arbeitet an der Wiederbelebung und Weiterentwicklung makroökonomischer Theorien, die durch die Dominanz von Neoklassik, Monetarismus, Neuklassik und Angebotspolitik besonders in Deutschland seit den 1970er Jahren mehr und mehr aus dem Blick geraten sind. Das Netzwerk versteht sich einerseits als theorieorientierte Plattform, andererseits auch als wirtschaftspolitisches Forum: Makroökonomie als theoretische Grundlage für makroökonomische Politik, die hohe Beschäftigung, umweltverträgliches Wachstum, Preisniveaustabilität, verminderte Einkommensungleichheit und Abbau von Armut anstrebt. Intendiert wird insbesondere auch der Meinungs austausch zwischen konkurrierenden Paradigmen.

Das organisatorisch beim Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung angesiedelte Netzwerk ist politisch unabhängig. Das FMM wird von einer Koordinierungsgruppe betreut und gesteuert. Im Zentrum der Aktivitäten stehen der organisierte Meinungs austausch unter interessierten Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern im Rahmen jährlicher Tagungen, die Publikationstätigkeit und die Nachwuchsförderung. Die Koordinierungsgruppe betreibt eine eigene Homepage und einen Newsletter. Das Netzwerk ist offen für alle, die an der Forschungskommunikation zu den unten aufgeführten Themenfeldern interessiert sind. Wie alle Netzwerke ist das FMM kein Verein mit Mitgliedschaft, sondern eine offene Assoziation von an gleichen Themen Interessierten.

Ökonomische und politische Herausforderungen

Globalisierung von Wirtschaft und Wissen haben zu Beginn des neuen Jahrtausends auf den ersten Blick nahezu gleiche Rahmenbedingungen für die westlichen Industrieländer geschaffen. Offene Handelsgrenzen und hohe Kapitalmobilität haben – in Verbindung mit hoher Arbeitslosigkeit – jedoch die Marktstellung der abhängig Beschäftigten geschwächt. Dies hat maßgeblich zu einer stärker werdenden Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung beigetragen. Die Veränderung in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung scheint durch die Schwellenländer an Dynamik zu gewinnen; in Asien entstehen mit China und Indien neue bevölkerungsreiche Wachstumszentren. Der technologische und strukturelle Wandel bringt weltweit große ökonomische, soziale und ökologische Anpassungslasten mit sich. Ein Großteil der Menschen in den Entwicklungsländern profitiert bisher kaum von dem weltwirtschaftlichen Wachstum.

Die einzelnen Volkswirtschaften sind bei der Bewältigung der sich stellenden Aufgaben unterschiedlich erfolgreich. Während die Inflation weithin unter Kontrolle erscheint, differiert

die Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung zwischen den OECD-Ländern erheblich. In der Europäischen Union (EU) und insbesondere in der Europäischen Währungsunion (EWU) ist das Wirtschaftswachstum seit Mitte der 1990er Jahre zu gering, um die hohe Arbeitslosigkeit dauerhaft zu reduzieren. Die Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung differiert dabei innerhalb der EU und auch innerhalb der Eurozone erheblich. Ob und wie die Beitrittsländer zur EU Anschluss an die Altmitglieder finden, ist eine offene Frage. Ebenso bleibt die langfristige Funktionsfähigkeit einer sehr heterogenen Währungsunion fraglich. Eine Klärung dieser Probleme ist für die Diskussion um die Perspektiven der EU bzw. der EWU insgesamt erforderlich, insbesondere aber auch für die der EWU-Länder mit hoher Arbeitslosigkeit wie Deutschland.

Im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik muss beachtet werden, dass günstige Rahmenbedingungen und wirtschaftspolitische Konstellationen sich nur begrenzt von einer Ökonomie auf eine andere übertragen lassen. Die insbesondere in der EU propagierte Politik der „Strukturreformen“ (Deregulierung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Privatisierung etc.) schafft mehr Probleme als sie löst. Andere institutionelle Bedingungen für angemessenes Wachstum und hohe Beschäftigung werden dagegen zu wenig diskutiert: Die Institutionen der Lohn- und Preisbildung, die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Regulierungen, die außenwirtschaftlichen Verflechtungen sowie die währungspolitischen Konstellationen haben auch bedeutende makroökonomische Funktionen. Von besonderem Interesse für eine wachstumsorientierte makroökonomische Politik ist das Zusammenspiel der Lohn-, Finanz-, Geld- und Wechselkurspolitik. Gerade dieses wird in der deutschen und europäischen Debatte häufig übersehen. Die Rolle von Makropolitik für Wachstum und Beschäftigung in den einzelnen Mitgliedsländern, aber auch in der EU insgesamt, wird verkannt. Bei trendmäßig schwachem Wirtschaftswachstum werden dann auch die sozialen Sicherungssysteme der Nationalstaaten überfordert: Man begibt sich in einen Teufelskreis aus schwachem Wachstum und „strukturellen Reformen“ auf dem Arbeitsmarkt und bei den sozialen Sicherungssystemen.

Zu den großen ökonomischen Herausforderungen in Europa gehört nicht nur das anhaltend hohe Niveau der Arbeitslosigkeit, sondern auch die in vielen Ländern zunehmende Armut sowie die Ungleichheit der Einkommen, Vermögen und der Lebenschancen insgesamt. Fast überall sinkt die Lohnquote trendmäßig. In den im Durchschnitt reicher werdenden Gesellschaften ist das Niveau sozialer Sicherheit für relevante Teile der Bevölkerung gesunken. Diese Verteilungsprobleme haben auch makroökonomische Ursachen und Folgen.

Die Globalisierung der Wirtschaft ist durch eine Wirtschaftspolitik der Liberalisierung und Deregulierung insbesondere der Finanzmärkte seit Anfang/Mitte der 1970er Jahre beschleunigt worden, die sich in vielen Ländern und supranationalen Institutionen durchgesetzt hat. Sie hat neben unbestreitbaren Fortschritten große ungelöste Probleme geschaffen. Die Nationalstaaten haben an wirtschaftspolitischer Souveränität vielfach eingebüßt oder ihre noch vorhandenen Handlungsspielräume nicht voll genutzt; supranationale Integration und globale Kooperation sind schwierig und kommen kaum voran oder sind sogar rückläufig. Das vergleichsweise starke weltwirtschaftliche Wachstum seit Mitte/Ende der 1990er Jahre hat globale makroökonomische Ungleichgewichte mit sich gebracht, die zu wenig beachtete Großrisiken in sich bergen. In den meisten Ländern ist der einem raschen Wandel unterliegende Finanzsektor schneller als die Realwirtschaft gewachsen, häufig auf der Basis verminderter staatlicher Regulierung; gleichzeitig hat die Fragilität des Finanzsystems zugenommen. Das Risiko von Finanzkrisen, nicht nur in Schwellenländern, scheint gewachsen zu sein. Finanzkrisen breiten sich schneller als früher international aus und haben zunehmende gesamtwirtschaftliche Relevanz. Zu den globalen ökonomischen Herausforderungen gehört auch der Klimawandel und die Klimapolitik. Energieversorgungssysteme und Klimapolitik haben zunehmend relevante gesamtwirtschaftliche und weltwirtschaftliche Dimensionen. Insgesamt stellen die Probleme und Chancen der Globalisierung der makroökonomischen Forschung

neue Herausforderungen. Dies gilt auch für die traditionellen nationalstaatlichen makroökonomischen Steuerungskonzeptionen.

Ohne eine Renaissance gesamtwirtschaftlichen Denkens, ohne passende makroökonomische Theorien und Steuerungskonzeptionen sind die großen nationalen, europäischen und globalen ökonomischen Herausforderungen nicht lösbar. Die vorherrschenden ökonomischen Theorien, die zur Dominanz mikroökonomischen Denkens geführt haben, werden den Herausforderungen bei weitem nicht gerecht.

Das Unbehagen an der vorherrschenden akademischen Wirtschaftswissenschaft

In den 1970er Jahren wurde weltweit der bis dahin dominierende „Standard-Keynesianismus“ der Neoklassischen Synthese durch den Monetarismus verdrängt. Beiden Ansätzen ist gemein, dass bei Vorliegen nominaler Rigiditäten und/oder adaptiver Erwartungen von einer systematischen Wirtschaftspolitik zumindest kurzfristig die reale ökonomische Aktivität und die Beschäftigung beeinflusst werden kann. Langfristig tendiere das System allerdings zur Vollbeschäftigung bzw. zur natürlichen Arbeitslosenquote, die dann nur durch Angebotspolitik reduziert werden kann. Die Geldpolitik beeinflusst dann nur noch das Preisniveau bzw. die Inflationsrate. Allerdings waren die Vertreter der Neoklassischen Synthese in der Einschätzung der Stabilität des privaten Sektors und der Geldnachfragefunktion deutlich skeptischer als die Monetaristen und betonten im Unterschied zu diesen daher auch die Notwendigkeit kurzfristiger Stabilisierungspolitik. Die Ende der 1970er einflussreich werdende neoklassische Schule hielt zwar zunächst an der Vorstellung fest, dass Schwankungen der Wirtschaftsaktivität durch monetäre Impulse ausgelöst werden. Makroökonomische Politik hat daher kurzfristig noch reale Wirkungen, allerdings nur dann, wenn sie die Wirtschaftsakteure überrascht und daher die Politikwirkungen von diesen nicht rational erwartet werden können. Selbst diese Annahme wurde von den Real-Business-Cycle-Theoretikern später verworfen: Schwankungen der ökonomischen Aktivität sind hier nur noch angebotsseitig durch Technologie- oder Präferenzänderungen zu erklären. Aus dieser Sackgasse der Theorieentwicklung führte in den angelsächsischen Ländern in den letzten beiden Jahrzehnten der Neu-Keynesianismus und der auf dessen Grundlage sich etablierende „Neue Konsens“ wieder heraus. Er teilt zwar mit den vorgenannten Ansätzen die Überzeugung, dass makroökonomische Modellierung im Rahmen eines Allgemeinen Gleichgewichtsmodells zu erfolgen und sich den Prämissen der Nutzenmaximierung und rationalen Erwartungsbildung zu fügen habe. Ungleichgewichtige Zustände werden aber – anders als in Neoklassik und der Real-Business-Cycle-Theorie – in den neu-keynesianischen Modellen zugelassen. Grundlage hierfür sind Preis- oder Lohnstarrheiten, die nun mikrofundiert werden und in der kurzen Frist reale Wirkungen der makroökonomischen Politik ermöglichen. Im Neuen Konsens sind zinspolitische Interventionen sogar erforderlich, um das System zu stabilisieren. Langfristig bleibt aber auch hier die Wirkung der Geldpolitik auf das Preisniveau bzw. die Inflationsrate beschränkt – eine Sichtweise, die mit der Keyneschen Forderung nach einer „monetären Theorie der Produktion“, in der Geld und Geldpolitik nicht nur kurz- sondern auch langfristige Wirkungen auf Einkommen, Produktion, Verteilung und Wachstum haben, klar widerspricht.

In Teilen der akademischen Disziplin regt sich jedoch zunehmend Kritik an diesen Entwicklungen. Diese Kritik kommt zum Teil aus dem Mainstream selbst, d.h., sie wird in führenden akademischen Institutionen, Organisationen oder Zeitschriften formuliert. Zum Beispiel ist der Bruch mit dem *homo oeconomicus*-Menschenbild ein zentrales Anliegen der sich an den Universitäten im Aufschwung befindlichen experimentellen Ökonomie, und die ebenfalls weithin respektierte evolutorische Ökonomie fordert die Konzeption des Allgemeinen Gleichgewichts heraus. Eine andere Gruppe von Kritikern, zu denen u.a. die Post-Keynesianer gehören, tritt mit dem Anspruch einer Weiterentwicklung des Keyneschen For-

schungsprogramms einer „monetären Theorie der Produktion“ deutlich offensiver auf. Die Grenzlinie zwischen diesen Gruppen bleibt aber oft unscharf. Insgesamt scheint es in der Makroökonomie keinen homogenen Mainstream mehr zu geben. Trotz dieser Veränderungen, die besonders im angelsächsischen Raum eine größere Rolle spielen, beobachten wir:

- Die Allgemeine Gleichgewichtstheorie mit sog. rationalen Erwartungen bleibt vielfach doch das grundlegende Referenzmodell, das als Bezugsrahmen selbst nicht in Frage gestellt wird.
- Die akademische Ökonomik widmet sich immer mehr spezialisierten Verästelungen; sie verliert dabei den Kontakt zur Realität und droht politisch irrelevant zu werden. Die großen, übergreifenden Fragestellungen werden umgangen.
- In anderen Bereichen breitet sich theorieentleerter Empirismus aus, der Statistik und Ökonometrie an die Stelle von Theorie setzt.
- Insbesondere in Deutschland wird in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung – in der Folge einer seit jeher schwachen und oberflächlichen Keynes-Rezeption – Makroökonomie vernachlässigt, ja mitunter ignoriert. Die offene oder versteckte Verteidigung einer reinen Angebotslehre verhindert paradigmatischen Theorienpluralismus. Keynesianische und andere kritische theoretische Strömungen werden behindert oder gar unterdrückt. Das Bekenntnis zu Wettbewerb hört offenbar da auf, wo die vorherrschende Lehre systematisch infrage gestellt wird.
- Auch in den Medien und in der Politikberatung wird die Vielfalt unterschiedlicher wirtschaftswissenschaftlicher Strömungen häufig so reduziert, dass nur noch simple „angebotsorientierte“ Ideen und Vorschläge in Politik und Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Makroökonomisches Gedankengut gerät vollkommen in den Hintergrund. So verwundert es wenig, dass die Wirtschaftspolitik selbst häufig genug konzeptionslos ist und den wirklichen ökonomischen Herausforderungen nicht gerecht wird. Allzu häufig stützen sich Wirtschaftspolitik und ihre Beratung auf nur *eine* Meinung, die reine Angebotslehre, und nehmen die neuen Differenzierungen nicht wahr, schon gar nicht das breite Spektrum der Forschungsergebnisse.

Auf der Suche nach theoretischen und wirtschaftspolitischen Alternativen

Das FMM sucht nach theoretischen und wirtschaftspolitischen Alternativen zur vorherrschenden Lehre. Im Vordergrund des theoretischen Interesses des FMM stehen die Arbeiten von Keynes sowie post-keynesianische aber auch die neu-keynesianischen Theorien, die sich vor allem in den angelsächsischen Ländern entwickelt haben. Auch institutionalistische, evolutive, spieltheoretische oder politisch-ökonomische Ansätze können für die makroökonomische Forschung hilfreich sein. Bei der Suche nach theoretischen Alternativen sind aus unserer Sicht die folgenden Überlegungen vielversprechend:

- Makroökonomische Erkenntnisse erschließen sich nicht durch die Summierung mikroökonomischer Sachverhalte. Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile.
- Output und Beschäftigung sind ein gesamtwirtschaftliches Phänomen und werden in der Regel durch die effektive Güternachfrage bestimmt. Marktwirtschaftliche Systeme sind im Hinblick auf Produktion und Beschäftigung meistens durch einen Mangel an Nachfrage, selten durch anhaltende Engpässe auf der Angebotsseite beschränkt.
- Geld und damit auch Geldpolitik sind weder kurz- noch langfristig neutral. Monetäre und finanzielle Faktoren haben entscheidende Bedeutung für Konjunktur, Verteilung, Wachstum und Beschäftigung.

- Der Umgang mit Unsicherheit, typisch für dezentrale Entscheidungssysteme, ist ein wichtiger Faktor für unternehmerische Entscheidungen. Institutionen, die die Unsicherheit von Erwartungen reduzieren können, sind von großer makroökonomischer Relevanz.
- Makropolitik ist die direkte oder indirekte Beeinflussung einiger weniger gesamtwirtschaftlich relevanter Preise und Mengen, insbesondere der Zinsen, Staatsausgaben/Steuern, Wechselkurse und Nominallöhne. Makropolitik hat nicht nur kurzfristige Nachfragewirkungen sondern auch langfristige reale Wirkungen, über die Nachfrage- und die Angebotsseite.
- Marktwirtschaftliche Systeme tendieren inhärent nicht zu einem allgemeinen stabilen Gleichgewicht auf allen Märkten, insbesondere nicht zu Vollbeschäftigung. Sie sind instabil und bedürfen daher der wirtschaftspolitischen Stabilisierung.

Forschungsfragestellungen

Das FMM möchte vor allem in den folgenden Fragestellungen Forschung initiieren, Forschungsergebnisse austauschen und Diskussionen organisieren; dabei sind die Zusammenhänge von ökonomischer Theorie, Institutionenbildung und Wirtschaftspolitik von besonderem Interesse. Das FMM versteht Makroökonomie in einem breiten Sinne und schließt Schnittstellen mit anderen Gebieten (z.B. Mikro- und Mesoökonomie, Politische Ökonomie) ein. Das FMM möchte zur internationalen Vernetzung der verschiedenen kritischen Strömungen beitragen. Im Einzelnen rücken folgende Forschungsfelder in den Mittelpunkt:

- *Makroökonomische Theorie:* Makroökonomische Theorie bedarf aus den oben genannten Gründen der Erneuerung. Sie kann nicht zur Neoklassischen Synthese der 1960er Jahre zurückkehren. Forschungsinteresse besteht an Verbindungen zwischen Post- und Ne-Keynesianismus, insbesondere an einer Bestimmung der makroökonomischen Aktivität in der kurzen und der langen Frist sowie einer Klärung der Notwendigkeiten und der Möglichkeiten wirtschaftspolitischer Stabilisierung.
- *Erklärung und Abbau von Arbeitslosigkeit:* Siebzig Jahre nach Keynes' General Theory sind die Erklärungsansätze und Therapievorschlüsse für Arbeitslosigkeit eher kontroverser als einheitlicher geworden. Ansätze, die Arbeitslosigkeit nicht als Gleichgewichtsphänomen deuten, sondern als Folge anhaltenden Ungleichgewichte infolge Nachfragemangels, ungeeigneter Institutionen und unzulänglicher Politikkonzeptionen, sollten daher weiter entwickelt werden.
- *Einkommensverteilung:* In den meisten OECD-Ländern sinkt die Lohnquote trendmäßig, die personelle Einkommensverteilung wird ungleicher, und die Armut steigt. Wodurch ist dieser Trend entstanden, lässt er sich makroökonomisch erklären, und lassen sich Strategien für eine Trendumkehr entwickeln? Welche Rolle spielen Lohnfindungssysteme für die Lohn- und Verteilungsentwicklung? Welche Faktoren bestimmen den Gewinnzuschlag im Unternehmenssektor?
- *Geldtheorie und Geldpolitik:* Auf der Grundlage und der Weiterentwicklung von Theorien endogenen Geldes stellt sich die Frage nach den kurz- und langfristigen realen Wirkungen der Geldpolitik sowie nach den Implikationen für die geldpolitischen Strategien der Zentralbanken, insbesondere der Europäischen Zentralbank. Darüber hinaus ist hier auch der Zusammenhang von Geldpolitik, Wechselkursentwicklung und internationaler Währungsordnung zu thematisieren.
- *Makroökonomie und Finanzsektor:* Angesichts der dynamischen Entwicklung nationaler und globaler Finanzmärkte sowie einer zunehmende Finanzmarktorientierung auch des nicht-finanziellen Sektors stellt sich die Frage nach den Auswirkungen dieser Entwick-

lungen auf Konjunktur, Verteilung, Wachstum und Finanzmarktstabilität. Gleichzeitig gerät die Frage nach der adäquaten Regulierung der Vermögensmärkte und der Nicht-Banken in den Blick.

- *Europäische Integration:* Bisher war der Wachstumstrend in der EU zu schwach, um die hohe Unterbeschäftigung deutlich zu reduzieren. Gleichzeitig gibt es erhebliche Divergenzen innerhalb der EU, die durch die Osterweiterung noch verstärkt werden. Die Ursachen und die Folgeproblem dieser Entwicklungen sind genauso zu analysieren wie die Implikationen für die Wirtschaftspolitik und die weitere Entwicklung der EU (Vertiefung statt Erweiterung).
- *Makropolitik:* In der EWU ist nationalstaatliche Makropolitik nur noch eingeschränkt möglich. Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt ist Gegenstand anhaltend Kontroversen. Es stellt sich daher die Frage, wie eine wachstumsfreundliche, antizyklisch wirkende Fiskalpolitik in der EWU aussehen könnte und wie sie mit der Geld- und der Lohnpolitik so koordiniert werden kann, dass sowohl Preisstabilität als auch Wachstum gefördert werden. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Frage gelegt werden, wie funktionslose, ja gefährliche Lohnunterbietungswettläufe in Europa verhindert werden können.
- *Globalisierung:* Die seit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Währungssystems einsetzende Liberalisierung der Devisenmärkte, der grenzüberschreitenden Kapitalströme sowie des Handels hat eine Fülle neuer Probleme für entwickelte Länder geschaffen, insbesondere aber auch für Schwellenländer und arme Entwicklungsländer. Starke Wechselkursschwankungen, enorme Zahlungsbilanzungleichgewichte, rasche Ausbreitung von nationalen Finanzkrisen, Steuersenkungswettlauf und Steuervermeidung in großem Stil, ausbleibende Wachstums- und Beschäftigungsdividenden des Freihandels – all diese Probleme sind Begleiterscheinungen der Globalisierung, die verstärkt analysiert werden sollten.
- *Internationale Vergleiche:* Trotz Globalisierung entwickeln sich nationale Volkswirtschaften häufig sehr unterschiedlich. Komparative Makro-Studien, die auf spezifische institutionelle Konstellationen und Makropolitik („Marktkonstellationen“) fokussieren, sind ebenso von Interesse wie der Vergleich unterschiedlicher Typen von entwickelten Marktwirtschaften („Varieties of capitalism“) im Hinblick auf Wachstum, Beschäftigung und Verteilung. In diesem Rahmen ist auch die Modellierung unterschiedlicher Ordnungsformen von Marktwirtschaften und ihrer jeweiligen Entwicklungspotenziale von Interesse.
- *Makroökonomische Aspekte von Unterentwicklung:* Die Erklärung von Unterentwicklung und die Herausarbeitung von gangbaren Entwicklungsstrategien für Entwicklungs- und Schwellenländern bedarf einer stärkeren makroökonomischen Fundierung. Dies betrifft insbesondere das Wechselkursregime, die internationale Finanzarchitektur, die Rolle von Kapitalströmen, die Entwicklung des nationalen Finanzsektors, die monetäre regionale Kooperation, die Entschuldungsstrategien sowie die Prävention von Finanzkrisen.
- *Makroökonomie ökologischer Probleme:* Das Klimaproblem, eine der zentralen Fragen des 21. Jahrhunderts, impliziert eine ganze Reihe von makroökonomischen Fragen – beispielsweise die Zusammenhänge von Klimaschutz, Klimaschäden und Verteilung und Wirtschaftswachstum, die makroökonomische Bedeutung von Energiepreisen und handelbaren Emissionszertifikaten, das Verhältnis von intertemporaler Ressourcenallokation und Kapitalakkumulation, die möglichen Formen der supranationale Bewirtschaftung der Erdatmosphäre als Kollektivgut, der Umgang mit ökologischer Unsicherheit oder methodische Fragen ökonomischer Langfristanalysen.

Aktivitäten

Das FMM versteht sich als pluralistische Plattform zur Diskussion der oben umrissenen Themenfelder. Es will zur Vernetzung bestehender Forschungsaktivitäten an Hochschulen und Forschungsinstituten vor allem in Deutschland und Österreich, darüber hinaus aber auch verstärkt in ganz Europa, beitragen, neue Forschungsaktivitäten anregen und Möglichkeiten zur Diskussion der Forschungsergebnisse mit Interessenten aus Politik, Gewerkschaften und Verbänden bieten. Zu diesem Zweck veranstaltet die Koordinierungsgruppe des FMM jährlich eine internationale Konferenz mit wechselnden Themenschwerpunkten. Nach Durchlaufen eines Begutachtungsverfahrens werden ausgewählte Konferenzbeiträge in Tagungsbänden sowie in Schwerpunktheften wissenschaftlicher Zeitschriften veröffentlicht. Das Forschungsnetzwerk sieht sich darüber hinaus insbesondere der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung verpflichtet. Daher werden auf der jährlichen wissenschaftlichen Tagung Graduate Student Sessions eingerichtet und Summer Schools für Master-Studenten, Doktoranden und junge Forscher durchgeführt.

Koordinierungsgruppe des FMM